



Konrad
-Adenauer-
Stiftung



Politischer Kurzbericht Italien

Aktuelle politische Entwicklungen in Italien nach den Parlamentswahlen, der Regierungsbildung und den jüngsten Kommunalwahlen – der Linksruck hält an -

Von *Stefan von Kempis* und *Dr. Beatrice Gorawantschy*

KAS-Paris, den 31. Mai 2006

Das knappe Ergebnis der Parlamentswahlen in Italien im April dieses Jahres hatte das Land in ein mitte-links und ein mitte-rechts Lager geteilt – die jüngsten Kommunalwahlen in der Region Sizilien, in elf Provinzen und 1.307 Gemeinden Italiens (unter ihnen die großen Städte) am 28. und 29. Mai sollten ein erster Stimmungstest für die neue Prodi-Regierung sein. Das Ergebnis dieser Kommunalwahlen hat der 61. italienischen Regierung in ebensovielen Nachkriegsjahren – zumindest vorläufig - den dringend nötigen Legitimitätsschub verschafft. Die Kandidaten von Ministerpräsident Romano Prodis Neun-Parteien-Bündnis siegten nicht nur deutlich in mehreren großen Städten (Sergio Chiamparino in Turin mit 66,6%, Walter Veltroni in Rom mit 61,4%, Rosa Russo Iervolino in Neapel mit 57,1), sondern wurden auch dem eigentlich als „Centrodestra“-Stammland geltenden Mailand gefährlich, wo sich die frühere rechte Bildungsministerin Letizia Moratti mit 52% nur vergleichsweise knapp durchsetzen konnte. Und die Bestätigung des konservativen Gouverneurs Salvatore Cuffaro im traditionell rechten Sizilien blieb mit 53% (gegen Rita Borsellino, Schwester eines bekannten Mafiaopfers, mit 41,6%) ebenfalls recht verhalten. Insgesamt gingen 14 Provinz-Hauptorte an den Mitte-Links-Block und vier an Mitte-Rechts; in fünf findet im Juni eine Stichwahl statt.

Der abgewählte Ministerpräsident und jetzige Oppositionsführer Berlusconi selbst hatte die Kommunalwahlen zu einer Art Rachefeldzug von nationaler Bedeutung erklärt. Doch stattdessen erhielt das „Centrosinistra“ an der Urne von fast 15 Millionen Teilnehmern an der Wahl die Bestätigung, die das Ergebnis der Parlamentswahlen von Anfang April ihm letztlich verwehrt hatte.

Damals kam Prodis Bündnis nämlich nur auf einen hauchdünnen Vorsprung von ca. 24.000 Stimmen bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus, während für den Senat sogar Berlusconis Bündnis mit über 400.000 Stimmen deutlich vorne lag. Nur das von Berlusconi gegen alle Widerstände durchgedrückte neue Wahlrecht verwandelte diese unklare Ausgangslage, die für eine tiefgreifende Spaltung Italiens spricht, in mehr Abgeordneten- und Senatorensitze für die „Unione“.

Die „Unione“ hat diesen ihr vom Wahlrecht verschafften Vorteil dazu genutzt, in einer für Italien noch nicht dagewesenen Weise („Aber als Berlusconi gewann, hat er sich auch alles genommen“, meint Vizepremier und DS-Präsident D`Alema) die Spitzenämter der Republik neu zu besetzen. Der frühere Kommunist Napolitano wurde Präsident, der Parteiführer der „Kommunistischen Neugründung“ Bertinotti Präsident des Abgeordnetenhauses und der frühere Gewerkschaftschef Marini Präsident des Senats - alle drei in Kampfabstimmungen. Dieser „Linksputsch“ (Berlusconi) war nur möglich, weil der über den Wahlausgang erbitterte Forza-Italia-Chef sich jeder Zusammenarbeit mit der „Diktatur der Linken“ verweigerte und deshalb auf Angebote von der Linken zur Absprache über Kandidaten und Posten kaum einging. Stattdessen setzten Berlusconi und ein ihm nur mit spürbarem Zögern folgender Rechtsblock auf einen baldigen Fall der Regierung Prodi und auf eine Rache bei den Kommunalwahlen; doch ist diese Rechnung jetzt nicht aufgegangen. „Wir hätten die Konfrontation nicht mitmachen sollen“, meint ein enttäuschter Rocco Buttiglione (UDC, früherer Kulturminister), der bei den Kommunalwahlen als Bürgermeister-Kandidat in Turin spektakulär gescheitert ist (29,5%). „Unsere Wählerschaft hat uns zu verstehen gegeben, dass sie von dieser Dramatisierung des politischen Zusammenstoßes, die wir auf nationaler Ebene hatten, nichts hält. Vielleicht erwartet sie, dass das „Haus der Freiheiten“ die Regierung Prodi im Parlament bekämpft, anstatt ihre Legitimität, die sie ja längst hat, anzuzweifeln.“

Neue Regierungsmannschaft

Trotz der Kassandrarufer von rechts ist Prodi am 17. Mai mit einer Regierungsmannschaft angetreten, die durchaus für eine Weile zusammenhalten könnte; schließlich sind fast alle Parteiführer seiner Koalition eingebunden. Die auffällige Ausnahme von dieser Regel ist Fassino von der DS (Linksdemokraten), der im Kabinett praktisch durch den DS-Präsidenten D`Alema ersetzt wird. Die DS als stärkste Kraft im Mitte-Links-Lager bekam neun Ministerposten, die „Margherita“ sechs, und erfahrene Politiker sitzen mit am Kabinetttisch, darunter viele Ex-Minister und zwei frühere Ministerpräsidenten (neben D`Alema ist das auch Amato, der neue Innenminister).

Der Versuch Prodis, jeden Partner in der Koalition zufriedenzustellen, hat aber auch seinen Preis: Die Zahl der Minister stieg dadurch auf 25, und aus dem Nordosten (Lombardei, Venetien, Friaul), der über

40% des BIP erwirtschaftet, kommt nur ein einziger Minister (genauer: eine Ministerin), wohingegen Piemont und Latium zehn der 25 Minister stellen. Überhaupt sind nur neun der zwanzig Regionen Italiens repräsentiert. Außerdem hat Prodi mehrere Ministerien geteilt (z.B. Arbeit und Soziales; Infrastruktur und Verkehr), und trotz früherer Ankündigungen des Premiers sind auch nur wenige Frauen (nämlich sechs) in Ministerämter aufgerückt, von denen auch nur eine über ein Budget verfügt. „Wer sich von Prodi einen Geniestreich erwartet hatte, kann jetzt nur enttäuscht sein“, kommentiert die linksgerichtete „Repubblica“; die Zusammenstellung von Prodis Kabinett sei deutlich den Koalitionszwängen geschuldet, Zusammenhalt gehe vor Kompetenz, und die Machtlogik der Ersten Republik trete wieder in ihr Recht. Allgemeiner Eindruck ist auch der eines Linksrucks; der „Corriere“ entdeckt unter den Ministern und Staatssekretären viele „Sympathisanten der Globalisierungsgegner, des antiamerikanischen Pazifismus, der Dritte-Welt-Revolutionen und der Kritik des wilden Kapitalismus. Mehr noch: Sie sind vor allem in *den* Ministerien präsent, von denen letztlich die Reform des Wohlfahrtsstaats und die Modernisierung Italiens abhängen.“

Demokratische Partei

Zeitgleich zum Antritt der neuen Regierung ist auch eine Debatte über eine stärkere Bündelung der Kräfte im linken Lager wieder ausgebrochen. Die beiden den so genannten „Ulivo“ tragenden Parteien, nämlich Fassinos DS und Rutellis „Margherita“, sollen, wie vor allem die Bürgermeister großer Städte (etwa Cacciari in Venedig, Cofferati in Bologna oder Chiamparino in Turin) fordern, innerhalb der nächsten Jahre zu einer Partei verschmelzen; sie bringen es derzeit im Abgeordnetenhaus auf 214 von 344 „Unione“-Sitzen. Eine „sofortige“ Parteigründung fordert Wahlsieger Veltroni (DS, Bürgermeister von Rom); das dürfe jetzt „nur noch eine Sache von Monaten und nicht von Jahren“ sein. „Ulivo“-Fraktionsführer Franceschini schwebt eine Gründung im nächsten Jahr vor, und 2009 dann der erste Test an den Urnen; ein erster Schritt war bereits die Fraktionsgemeinschaft von DS und Margherita in Kammer und Senat. Fassino, der ja nicht ins Kabinett gegangen ist, wird von vielen verdächtigt, die Führerschaft einer künftigen „Demokratischen Partei“ anzustreben, und seine Bemerkung, der künftige Parteiführer dürfe natürlich nicht in einem Hinterzimmer ausgesucht werden, sondern müsse sich Vorwahlen („primarie“) stellen, wurde in diese Richtung und als Angriff auf Prodi gedeutet. Ähnliche Ambitionen werden aber auch Veltroni und Rutelli nachgesagt. Offenbar wollen sich Prodi, Rutelli und Fassino noch im Juni auf einen klaren Zeitplan für den Weg zur „Demokratischen Partei“ verständigen, und dabei ist es spürbar Fassino, der zur Eile mahnt.

Prodis Programm

In seinen ersten Reden forderte Prodi einen „Ruck“ in Italiens Wirtschaft; außerdem will er aber auch zu einem „neuen Geist“ in der Gesellschaft beitragen. Ein Gefälligkeits-Skandal im Fußball, der, wie

die FAZ formuliert, „das *juste milieu* des Berlusconiismus“ trifft, belegt aus Prodis Sicht, dass „unsere Sicherungen nicht mehr funktionieren“. Viele der von Berlusconi durchgeführten Reformen will der Wirtschaftsprofessor aus Bologna, der jetzt im Palazzo Chigi residiert, aussetzen (Justizreform) oder in wichtigen Teilen ändern (das umstrittene Wahlrecht etwa oder die Schulreform). Auch bei den großen Infrastrukturprojekten („grandi lavori“) zeichnet sich in vielen Fällen ein Baustopp ab, und Berlusconis Lieblingsprojekt einer Brücke über die Meerenge von Messina, deren Bau im Herbst starten und etwa sechs Milliarden Euro kosten sollte, wird aufgegeben. Circa 315.000 ausländischen Einwanderern, die eine Arbeit gefunden haben, will die Regierung eine Aufenthaltsgenehmigung erteilen.

Außenpolitisch setzte Prodi erste Akzente, als er einen Rückzug der italienischen Soldaten aus dem Irak bis Ende 2006 ankündigte und den Irak-Feldzug überhaupt als „schwerwiegenden Fehler“ brandmarkte; innerhalb der EU will er, wie er am Wochenende in Brüssel ankündigte, „zusammen mit Deutschland und hoffentlich bald auch Frankreich wieder eine Führungsrolle übernehmen“, vor allem, um das Projekt des Europäischen Verfassungsvertrags wiederzubeleben. Prodis Außenminister, D'Alema, bekennt sich ebenfalls zu „mehr Tempo in Europa“ (der Prozeß der europäischen Integration müsse beschleunigt werden, Befürwortung der Institution eines europäischen Außenministers und einer gemeinsamen europäischen Außen- und Verteidigungspolitik).

Prodis Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode soll eine Wiederbelebung der italienischen Wirtschaft und eine Einhaltung der EU-Defizit-Obergrenze von 3% ab 2008 sein (derzeit fast 5 %). Das Wachstum des Bruttoinlandprodukts soll den EU-Durchschnitt von 2,2% p.a. erreichen (derzeit liegt es bei etwas mehr als der Hälfte), und die Staatsverschuldung, die seit dem letzten Jahr wieder steigt, will er unter Kontrolle bringen. Dabei setzt er auf seinen Wirtschaftsminister Padoa-Schioppa, einen parteilosen Fachmann, der allerdings, wie „Il Foglio“ bemerkt, von sozialistischen „Aufpassern“ umgeben ist: Er hat einen Stellvertreter von der DS unter und einen DS-Minister für Wirtschaftliche Entwicklung neben sich.

In den ersten hundert Tagen will Prodi folgende, als kostenneutral geltende Maßnahmen auf den Weg bringen:

- Wirtschaft: Niedrigere Sozialabgaben und Hilfen für Unternehmen, die neue Festanstellungen vornehmen; Liberalisierung des Energiemarktes.

- Gesellschaft: Neuregelung des Rechts von TV-Fussballübertragungen; Frauenquote von einem Drittel auf Wahllisten und in der Exekutive; Reform des Staatsbürgerschaftsrechts; kostenlose Schmerzbetäubung bei Geburten.
- Justiz: Reform bzw. Aussetzung von Gesetzen, die Mitte-Links für auf Berlusconi zugeschnitten hält.

Starke oder schwache Regierung?

Dass Prodis Mannschaft aus vielen und teilweise auseinanderstrebenden Kräften besteht, kann auch er selbst nicht leugnen. Und doch, so warnt der „Corriere“, wäre die Rechte schlecht beraten, mit verschränkten Armen darauf zu warten, dass die Regierung Prodi II von selbst stürzt. Schließlich schweiße das Bewusstsein der knappen Mehrheit die Regierung vermutlich enger zusammen als gewöhnlich. Und außerdem stehe Ende Juni ein Referendum über die Föderalismusreform von Mitte-Rechts an, das die „Unione“ wahrscheinlich gewinnen werde. Bei einem solchen Nein der Italiener zu Bossis Lieblingsprojekt aber werde die Lega Nord sich voraussichtlich aus der Umklammerung Berlusconis in der Opposition lösen und wieder, wie Bossi schon gewarnt hat, „eigene Wege gehen“. Damit aber würde das ohnehin schon zerstrittene Mitte-Rechts-Lager in der Opposition wohl endgültig auseinanderfallen, was Diadochenkämpfe um die Nachfolge Berlusconis als Oppositionsführer heraufbeschwören – und die Linksregierung im Gegenzug stabilisieren könnte. „Wenn das Centrodestra sich spaltet, könnte das Centrosinistra wahrscheinlich auch mit guter Aussicht auf Erfolg Neuwahlen durchstehen“, glaubt der Corriere.

Das Gesagte soll aber die Zerrissenheit, die es durchaus auch im linken Lager gibt, nicht relativieren. Zu vielen ideologisch aufgeladenen Themen wie z.B. einer staatlichen Registrierung von (auch gleichgeschlechtlichen) Lebenspartnerschaften (PACS) gibt es aus der „Unione“ einen ganzen Chor von Meinungen: Die neue Familienministerin Bindi (Margherita) fordert „reale Rechte“ für solche Lebenspartnerschaften, Vizepremier Rutelli (ihr Parteichef übrigens) widerspricht unter Verweis auf das „Unione“-Programm, und der Präsident der Abgeordnetenkammer, Bertinotti, greift in dieser Frage – ein Tabubruch in Italien – den Papst an. Bertinotti war es auch, der gedroht hatte, die Koalition gleich wieder zu verlassen, wenn er nicht zum Kammerpräsidenten gewählt werde, eine Drohung, die daran erinnert, dass Bertinotti ja schon einmal eine Prodi-Regierung zu Fall gebracht hat. Der neue Kammerpräsident bleibt der unsichere Kantonist im Mitte-Links-Block: Er hat nicht nur die Hausmacht von 41 Abgeordneten seiner Partei hinter sich, sondern beeinflusst insgesamt 106 Abgeordnete von radikalen Linksparteien – ein beachtliches Erpressungspotential.

Die Opposition

Trotz der Wahlniederlage hält das Mitte-Rechts-Lager derzeit auch in der Opposition noch zusammen, allerdings in einer Art Schockstarre, die mit der Knappheit des Wahlergebnisses vom 9. und 10. April zusammenhängt. Diesem Beinahe-Sieg ist es auch geschuldet, dass Berlusconi sich bislang auch in der Opposition als Führer des Mitte-Rechts-Blocks zu behaupten wusste. Keiner nämlich polarisiert so sehr wie Berlusconi, und das bedeutet, keiner kann auf nationaler Ebene – auch das haben die Parlamentswahlen gezeigt – so viele unentschlossene Wähler noch zu sich herüberziehen bzw. Anhänger mobilisieren; das kettet das rechte Lager an ihn. Allerdings versagt dieses Rezept bei Wahlen auf niedriger Ebene, wie die Kommunalwahlen gezeigt haben (ein Indikator waren auch bereits die Regionalwahlen im vergangenen Jahr). Von einer Fusion der Centrodestra-Koalitionspartner zu einer großen Partei der Rechten redet derzeit mit Ausnahme Berlusconis fast niemand.

Zunächst haben sich Finis AN und Cesas bzw. Casinis UDC sowie Bossis „Lega Nord“ der Verweigerungshaltung Berlusconis und seiner FI gegenüber der neuen Mehrheit angeschlossen. Als Gegenkandidaten zu Marini für die Präsidentschaft des Senats gewannen sie den mehrfachen Ministerpräsidenten und Senator auf Lebenszeit Andreotti, ein Urgestein italienischer Nachkriegspolitik. Aber von Anfang an wurden doch Bruchlinien sichtbar: So wich die Lega bei der Wahl des Staatspräsidenten von Berlusconis Vorgabe weißer Wahlzettel ab und votierte für Bossi, und Casini (UDC) begrüßte die erste große Rede des neugewählten Präsidenten Napolitano und erklärte seine Partei zur „Brücke zwischen den Polen“. Bei den Kommunalwahlen hat sich die AN immerhin gehalten und die UDC sogar Gewinne gemacht, während die Ergebnisse für Berlusconis FI verheerend waren, darunter auch in Neapel, wo Berlusconi (wie auch in Mailand) Listenführer war. Schon bei den Parlamentswahlen im April hatte die FI im Vergleich zu 2001 zwei Millionen Wähler verloren, und beim jüngsten Urnengang ist sie noch weiter eingebrochen, bleibt allerdings, wie Berlusconi trotzig erklärt, weiterhin „stärkste Partei“. Fini, dem D`Alema mit versöhnlicher Geste die Leitung des Auswärtigen Ausschusses im Parlament anbietet, macht jetzt Anstalten, trotz Berlusconis Warnungen („Wir nehmen keine Almosen“) auf dieses Angebot einzugehen, und der abgewählte Premier steht mit seiner Drohung eines „Marsches auf Rom“ zunehmend alleine da.

AN und UDC werfen dem Forza-Italia-Chef vor, es habe sich als Bumerang erwiesen, den Kommunalwahlen die Bedeutung einer Schicksalswahl zuzuschreiben; Fini macht Berlusconi außerdem für das schlechte Abschneiden des Centrodestra-Kandidaten Alemanno (AN) in Rom verantwortlich: „Wenn die FI sich engagiert hätte, wäre das Ergebnis ein ganz anderes gewesen.“ Und weiter: „Wir müssen langsam mal darüber nachdenken, welches Centrodestra wir in den nächsten Jahren wollen. Es stimmt zwar, dass diese Koalition nur mit Berlusconi gewinnen kann – aber das ist

auch ein Käfig.“ „Wenn wir jetzt auch noch das Referendum politisieren und es dann verlieren, dann tun wir doch nichts anderes, als Mitte-Links Legitimation zu verschaffen“, mahnt UDC-Casini.

Große Koalition?

„Wie lange sind Fini und Casini noch bereit, die Abrechnung (mit Berlusconi und die Neuordnung des rechten Lagers) hinauszuschieben?“ fragt zu diesen Überlegungen die „Repubblica“, die einem erklärten Berlusconi-Gegner gehört. „Vielleicht“, so der „Corriere“, „warten sie ja nur noch auf den 26. Juni“, das Datum des Föderalismus-Referendums also, „um endlich die Taktik zu wechseln, (...) die Illusion eines Blitzkriegs zu begraben und sich auf eine lange und komplexe Oppositions-Kampagne einzulassen.“

Einige nachdenkliche Äußerungen Berlusconis vom 30. Mai erwecken den Eindruck, als rücke auch der Ex-Premier nun von seiner Verweigerungshaltung („muro contro muro“) ab. Bisher setzte er beim Föderalismus-Referendum auf Sieg in der Erwartung, dass damit dann Neuwahlen unausweichlich werden. Im Fall einer Niederlage aber und im Fall, dass der Plan, einer großen Gemeinschaftspartei der Rechten nicht verwirklicht werden kann, scheint Berlusconi nach einer „Corriere“-Analyse schon einen neuen Plan zu hegen: Erneuerung seiner Machtbasis „Forza Italia“ – und eine Große Koalition der zwei größten Parteien, nämlich FI und DS. Überflüssig zu bemerken, dass in einer solchen Koalition seine FI wohl der größere Partner wäre und dass Berlusconi damit auf die Rückkehr in das Amt des Ministerpräsidenten, aber ohne seine bisherigen Centrodestra-Alliierten, spekuliert.